rspiele
itelstraße 1
stück des Humors
bei der heutigen
REMIERE:
Fritz Schulz
berzeugender Natürkeit wie nie zuvor,
rau
man
erzeihn
N, KURT LILIEN
ANA
spielfilm aus dem
TALA BIRELL.
ntags 3½ Uhr
s 2 Uhr
s, Unter-
haben die
alles auch
t teuer,
ann sein:
0.38
0.95
0.95
2.40
4.95
4.95
4.20
0.90
nn
& Co
Möbel!
Kinderbett 12 M.
r. Sofa 18—28 M
cheneinricht. 70 M
Ausziehtisch 25 M
eiderschr. 25—55 M
ife Herde 18—25 M
tten m. Matr. 18
45 M, Waschkom.
t u. ohne Marm.
Spiegel 20—45 M,
chenschrank 28 M,
richt. 25 M, mehr.
che 5 M an, pol.
umeauspieg. 25 M
verk. Oberstr. 113.
biles
Kinderauto
verkaufen
sfeldorfer Str. 114
Schaukelpferd
neu, zu verkauf.
ülicher Str. 16 L

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

N.-G.Z.-Sonntag
N.-G.Z.-
ILLUSTRIERTE
HEUTE

Bezugspreis: pro Monat einschließlich Wochenendblatt NGZ.-Sonntag, NGZ.-Illustrierte, Katholische Kirchenzeitung Mark 1.55 und 35 Pfennig Botenlohn. Erscheint wochentäglich. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Hauptgeschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46, Telefon 2553 nach Geschäftsschluß 2553 Schriftleitung Telefon 2053. Postscheckkonto 41800 Köln. Zweigstelle Grevenbroich, Bahnstr. 84, Telefon 286 — Druck und Verlag Gesellschaft s. Buchdruckerei A.-G., Neuß.

Einzige in Neuß entstehende Tageszeitung

Anzeigenpr
Trennungs
60 Pf
eind
Richt
bestimm
Eintreib
Pfennig von
nnig. Reklamen
nzeigen nach Ver-
des Bestellers. Für die
aufnahme von Anzeigen an
ahr geleistet. Bei gerichtlichem
ll hinfällig. Gerichtsstand Neuß.
Anzeig
strie, Handel und Gewerbe

Heimatzeitung der Kreise Neuß-Stadt und Grevenbroich-Neuß

Nr. 342 — Neuß, Samstag, 16. Dezember 1933 (Adelheid) — 60. Jahrgang

Vom Reichskabinett verabschiedet:

Wirtschafts- und finanzpolitische Beschlüsse.

Butter, Eier und Käse dürfen nur durch Reichsstellen in Verkehr gebracht werden. Das Reich übernimmt die Luftfahrtverwaltung.

Berlin, 16. Dez. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause, die bis zum 9. Januar dauert, eine Reihe von Gesetzentwürfen wirtschafts- und finanzpolitischer Art. Genehmigt wurden die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Milcherzeugnissen und über den Verkehr mit Eiern.

Der hauptsächlichste Zweck der beiden neuen Gesetze ist die dauernde Ordnung des Marktes, durch die die bisher üblichen Marktschwankungen ausgeglichen und möglichst gleichbleibende Preise, insbesondere im Interesse der Verbraucherschaft, gewährleistet werden. Dies ist nur möglich durch eine einheitliche Erfassung und Inverkehrsetzung sowohl der inländischen als auch der ausländischen Ware. Die Einfuhr soll nicht abgedrosselt werden, aber sie kann nun den Bedürfnissen des deutschen Marktes angepaßt werden. Gleichzeitig wird dadurch eine größere Möglichkeit geschaffen, um bei der Einfuhr auf solche Länder Rücksicht zu nehmen, die ihrerseits bereit sind, die deutsche Ausfuhr aufzunehmen. Daneben werden grundsätzlich neue Wege für die deutsche Handelspolitik eröffnet.

Die Gesetze bestimmen, daß Butter, Käse und Eier im Inlande nur durch Reichsstellen in Verkehr gebracht werden dürfen, ähnlich wie dies bisher schon bei Mais, Oel und Fetten der Fall war. Das gilt sowohl für Inlandsware wie auch für die Einfuhr. Wer Butter, Käse oder Eier in Verkehr bringen oder aus dem Auslande einführen will, muß sie vorher der zuständigen Reichsstelle zum Kauf anbieten. Lehnt die Reichsstelle die Uebernahme ab, so darf die Ware im Inlande nicht in den Verkehr gebracht werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft setzt die Uebernahme- und Abgabepreise der Reichsstelle fest. Die Regelung kann auch auf bestimmte Milcherzeugnisse anderer Art als Butter und Käse ausgedehnt werden.

Soweit dies mit dem Ziel der Gesetzgebung vereinbar ist, wird bei ihrer Durchführung in der Regel kein zentraler Einkauf durch die Reichsstellen in Frage kommen und auf die bestehenden Geschäftsbeziehungen des Handels Rücksicht genommen werden. Die Beschränkungen des Verkehrs werden sich nur auf das für die Marktordnung Notwendigste erstrecken.

Das Reichskabinett verabschiedete ferner ein Gesetz über die Reichs-Luftfahrtverwaltung. Dieses Gesetz bestimmt u. a., daß die staatlichen Hoheitsbefugnisse in der Luftfahrt, soweit sie bisher noch den Ländern zustanden, auf das Reich übergehen. Der Reichsminister für Luftfahrt wird damit in Zukunft auch Träger der gesamten Luftpolizei und Flugversicherungsaufgaben.

Weiterhin wurde verabschiedet ein Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen", wodurch die Errichtung von Bauten und Nebenbetrieben in der Nähe der Kraftfahrbahnen einer besonderen Regelung unterworfen wird.

Ein Gesetz über den Deutschen Landgemeindetag stellt diesen unter eine straffe Reichsaufsicht und enthält eingehende Bestimmungen über die Organisation und die Finanzgebarung dieser Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

Durch das Gesetz über di Vereinigung von Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin erhalten alle Angehörigen der beiden Länder die mecklenburgische Staatsangehörigkeit. Die vereinigten Länder erhalten den Namen „Mecklenburg".

Ein Gesetz zur Aenderung des Genossenschaftsgesetzes bedeutet eine erste wichtige Etappe auf dem Wege einer Umgestaltung des deutschen Gesellschaftsrechtes. Das Gesetz bezweckt einen verstärkten Rechtsschutz der Genossen und enthält Bestimmungen über Zwangsvergleich, Zulassung des Vergleichs über die Nachschußpflicht und Einstellung des Konkursverfahrens. Die Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht sollen in Zukunft überhaupt verschwinden.

Ein Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs trifft Bestimmungen über den Kündigungsschutz für zinsgesenkte Forderungen und über die Stundung von Hypotheken sowie über die Ablösung von Grundstücklasten durch Hingabe von Schuldverschreibungen.

Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten, durch das der Begriff der Dienstreise vereinfacht wird, sowie ein Gesetz über die Bildung des Aller-Ohre-Verbandes.

Genehmigt wurde ein Gesetz gegen Waldverwüstung sowie ein Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatguterwerbung, ebenso ein Gesetz zur Aenderung der Gewerbeordnung, ein Gesetz über Schiedsabreden in Kartellverträgen, ein Gesetz über Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute, Giroverbände und Girozentralen, ein Gesetz zur Aenderung des Notenbankgesetzes, wonach die Befugnis zur Notenausgabe der Ländernotenbanken mit dem 31. Dezember 1935 erlöschen soll.

Ein neues Kaliwirtschaftsgesetz paßt die Regelung der Kaliwirtschaft den neuen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen an.

Durch ein Gesetz über die Schaffung einer Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung wird die zentrale Handhabung der Devisenbewirtschaftungspolitik vom Reichswirtschaftsministerium abgetrennt, soweit das mit der Natur der hier vorliegenden Aufgaben zu vereinbaren ist, und auf eine besondere Reichsstelle übertragen. Schließlich wurde noch ein Gesetz über die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Schlichtungsbehörden und die Vertreter bei den Fachausschüssen für Hausarbeit sowie über Betriebsvertretungen verabschiedet, durch das eine Verlängerung der Berufungszeit der am 31. Dezember 1933 im Amt befindlichen Beisitzer und Vertreter bis zum 30. April 1934 eintritt.

Da das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit erst am 1. Mai 1934 in Wirksamkeit treten soll, wurde eine weitere Uebergangsregelung auf diesem Gebiet notwendig.

Kleine Chronik

Reichskanzler Adolf Hitler hat ein Faß badischen Weins, das ihm übergeben worden war, der chirurgischen Klinik in der Ziegelstraße für dort liegende notleidende Volksgenossen zur Verfügung gestellt.

Im Norden Berlins wurde die 74 Jahre alte Witwe Ida Krüger mit einer schweren Schädelverletzung erhängt aufgefunden. Bei ihr befand sich die Wohnungsnachbarin Frau Frieda Juchniewicz, die Frau Krüger erhängt aufgefunden haben will. In ihrem Schreck habe sie die Wohnung nicht wieder verlassen, sondern die Sicherheitskette vorgelegt und auch auf das Klopfen nicht geantwortet. In ihrer eigenen Wohnung unternahm sie einen Selbstmordversuch. Die Witwe Krüger ist offenbar ermordet worden.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Freitagssitzung eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe wirtschafts- und finanzpolitischer Art, so u. a. ein Gesetz über die Schaffung einer Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, ein Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen", ein Gesetz gegen Waldverwüstung, ein Gesetz zur Aenderung des Privatbanknotengesetzes, ferner ein Gesetz über den Deutschen Gemeindetag.

Das Schwurgericht Königsberg verurteilte die Arbeiterin Margarete Groß, die ihr einige Wochen altes uneheliches Kind in einem Sumpf ertränkt hatte, zum Tode.

Die Vereinigten Staaten erhielten von ihren Kriegsschuldnern am Fälligkeitstage statt 152 nur 8 Millionen Dollar. Frankreich, Polen, Estland haben überhaupt nichts bezahlt. Die Haltung Frankreichs hat im Weißen Hause eine beträchtliche Verstimmung erregt.

Dr. Göbbels im Sportpalast:

Sozialismus als einfache Lehre der Vernunft.

Kein Unterschied mehr zwischen den Klassen und Ständen, sondern zwischen den Werten.

Berlin, 16. Dez. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, sprach im Rahmen der Kampfwoche des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes „Jugend für deutschen Sozialismus" in einer Massenversammlung im Berliner Sportpalast. Immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen führte er u. a. aus:

Es gibt wohl keine Versammlungsecke im ganzen Reich, von deren Rednertribüne herab die Irrlehre des Marxismus so oft offen und leidenschaftlich bekämpft worden ist wie diese. Berlin war, als wir hier mit unserer nationalsozialistischen Arbeit begannen, nach Moskau die röteste Hauptstadt Europas. „Berlin bleibt rot!" war die Parole unserer Gegner, und diese Parole ins Gegenteil umzukehren, das war zu allererst das Wagnis eines Häufleins von verwegenen und kühnen Menschen. Wir hatten den Marxismus schon als Irrlehre erkannt, bevor er die furchtbaren Ergebnisse seiner politischen Praxis zutage gefördert hatte. Wir hatten den Marxismus als einen politischen Wahnsinn, als einen Aberwitz erkannt. Gegen diesen Wahnsinn sind wir Sturm gelaufen und haben ihn am Ende auch zu Boden geworfen. Das soll nicht heißen, daß wir glauben, er sei nun überhaupt ausgerottet. Er tritt heute vielfach in noch gefährlicherer Form auf, als er zu Zeiten unserer Opposition aufzutreten pflegte. Der Marxismus hat sich nicht gewandelt. Er hat nur den Rock gewechselt. Das, was er früher nach außen zeigte, das trägt er jetzt nach innen. Aber der Sinn ist derselbe geblieben, und um ihn unverdächtig zu machen, versieht er ihn mit einem nationalsozialistischen Vorzeichen.

All das Verderbliche, das der Marxismus in sich trägt, ist geblieben, nur mit dem Unterschied, daß er behauptet, das sei Nationalsozialismus!

Und würden wir dagegen nicht beizeiten Front machen, so würden wir es über kurz oder lang erleben, daß die Träger des Marxismus den alten Nationalsozialisten beibrächten, was Nationalsozialismus ist.

Wenn ich den Marxismus auf seine einfache Formel zurückführe, komme ich zu dem Ergebnis: Er unterstellt, daß die Menschen gleich sind. So energisch er einen kämpferischen Standpunkt zwischen den Nationen ablehnte, so weitherzig war er in der Ausdeutung der Notwendigkeit der klassenkämpferischen Auseinandersetzung innerhalb der Nation selbst. Das Ergebnis war der ewige Bürgerkrieg, der sich in feiner Form in den Parlamenten, in gröberer Form in der Familie und in den gröbsten Formen draußen auf den Straßen oder in den Versammlungssälen abspielte. Denen, die die Revolte vom November 1918 gemacht haben, ging es nicht um eine Aufgabe; sie waren nicht von einer Sendung innerlich ergriffen und erfüllt. Sie hatten nur einen Trieb, den Trieb der Futterkrippe, den Trieb zum Amt, den Trieb zur Bequemlichkeit. Dementsprechend war denn auch ihre Praxis. Sie hatten dem Kampf abgeschworen, aber sie waren nicht Pazifisten aus Ueberzeugung, sondern sie waren Pazifisten aus Charakter oder besser gesagt, aus Charakterlosigkeit.

Der Sozialismus ist nicht etwa eine überwundene Angelegenheit, kein Aushängeschild und kein Paradepferd, das wir ritten, als wir um die Macht kämpften, um dann von diesem Paradepferd herabzusteigen, da wir in die Macht hineingekommen sind. Der Sozialismus ist eine Ueberzeugung, die den ganzen Menschen ausfüllt und die nichts mehr mit bürgerlichen Vorurteilen zu tun hat.

Das Bürgertum witterte schon ganz richtig, wenn es gerade an dieser Stelle unserer Anschauung besondere Kritik anlegte.

Allein als Nationalisten hätten wir die Macht nicht erobert. Denn das hatten ja auch andere Nationalisten schon vor uns versucht. Es war ihnen mißlungen. Die neue Anschauung, die wir in uns erzogen, sollte nicht Angelegenheit einer Schicht von Besitz und Bildung sein, sondern Angelegenheit des ganzen Volkes. Der letzte Mann im Volk wird erst dann bereit sein, für eine Sache einzustehen, wenn sie für ihn eine Angelegenheit des Glaubens und nicht nur eine Angelegenheit der verstandesmäßigen Erkenntnis ist. Wir verstehen unter Sozialismus nicht eine Almosengesinnung. Uns kommt es nicht darauf an, Kranken- und Invalidenhäuser zu bewilligen und Irrenanstalten zu errichten, um die Opfer eines wirtschaftlichen Wahnsinns so den Augen des Volkes zu entziehen.

Uns kommt es vielmehr darauf an, eine wirtschaftliche Ordnung aufzurichten, die diese Opfer überflüssig macht. Und auch das ist für uns nicht einmal die Erfüllung des Sozialismus, sondern das sind nur seine wirtschaftlichen

Der Ueberfall auf den Transsibirien-Expreß.

13. Tote!

Charbin, 15. Dez. Wie zu dem Ueberfall auf den Transsibirienexpreß bei Zizikar ergänzend gemeldet wird, hat sich die Zahl der Opfer bedeutend erhöht. 13 Personen haben ihr Leben eingebüßt, nämlich ein Russe, sechs mandschurische Soldaten, drei japanische Zivilisten und drei japanische Soldaten, und 15 Personen wurden verletzt. Die Zahl der von den Banditen entführten Personen ist noch nicht bekannt.

Außenseiten. Darüber hinaus geht es darum, den Menschen, der in eine normale und vernünftige wirtschaftliche Ordnung hineingestellt ist, auch in eine normale und vernünftige Ordnung des Staates und des ganzen Volksgefüges hineinzustellen.

Mit Recht hat sich das Arbeitertum dagegen gewehrt, vom Bürgertum Almosen in Empfang zu nehmen. Das braucht es auch gar nicht, denn es hat einen Anspruch darauf, die Rechte für sich zu fordern, die ihm zustehen.

Unser Sozialismus hat nichts mit Wohlleitdigkeit zu tun und entspringt durchaus nicht etwa dem Motiv der Gnade oder der Barmherzigkeit, sondern er ist eine einfache Lehre der Vernunft, eine einfache Lehre der Zweckmäßigkeit, die von der Ueberzeugung ausgeht, daß sich eine Nation nicht in der Welt wird behaupten können, wenn zehn Millionen ihres Volkskörpers krank, ungesund und damit untauglich sind. Auch nicht, wenn man in einer Nation zehn, fünfzehn, siebzehn Millionen Volksgenossen als Proletarier duldet, die nur auf die Gelegenheit warten, beim ersten Ausbruch einer großen Krise den Staat zu stürzen und eine bolschewistische Diktatur aufzurichten.

Es zeugt von der charakterlichen Größe unserer studierenden Jugend, daß sie in diesen Forderungen mit dem Arbeitertum in eine Front getreten ist. Es wird später einmal das größte Ruhmesblatt in der Geschichte der nationalsozialistischen Revolution sein, daß Arbeiter und Studenten diese Revolution gemacht haben.

Wenn ich das, was uns als Ziel vorschwebt, in ein paar skizzenhaften Andeutungen umreißen soll, so möchte ich zu folgender Feststellung kommen: Wir wollen im Raum der deutschen Nation ein Volk mit gleichen gemeinsamen Lebensrechten haben.

Wir wollen, daß zu diesem Volk jeder gehört, vom höchsten bis zum letzten. Wir wollen, daß der Höchste dieses Volkes sich dem Letzten enger verbunden fühlt als den Höchsten eines anderen Volkes. Wir wollen, daß der Höchste auch lieber der Letzte seines Volkes als der Höchste eines anderen Volkes sein möchte.

Erst diese Gesinnung ergibt dann als Folge eine Gemeinsamkeit des nationalen Willens. Die Gemeinsamkeit des nationalen Willens ist dann wiederum die Quelle der nationalen Kraft.

Unser Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, ist bestes preußisches Erbgut. Es ist das Erbgut der preußischen Armee, des preußischen Beamtentums.

Es ist ein Sozialismus, der jeden anständigen Menschen erfüllt, ob er ihn nun mit diesem Wort oder mit einem anderen Ausdruck bezeichnet, ein Sozialismus, der etwas Soldatisches und etwas Verschlossenes in sich hat, der erfüllt ist von ungeheurem Fleiß, von Mut, Probleme anzupacken, von Klarheit in der Zielsetzung und von Zähigkeit in der Zielverfolgung. Sozialismus, wie wir ihn wollen, ist das genaue Gegenteil vom Marxismus. Er ist nicht fett und nicht behäbig. Es geht diesem Sozialismus nicht um äußere Ehren und nicht um Erwerb. Dieser Sozialismus ist im besten Sinne des Wortes Dienst, Dienst am Volk und Dienst an der Nation, auch wenn der Dienst hart und manchmal grausam ist. Ein Sozialist geht nicht von der Gnade der Barmherzigkeit aus, er verteilt keine Almosen und spricht nicht von sozialen Zugeständnissen, sondern er gibt Rechte und anerkennt Ansprüche.

Diesen Gemeinschaftsgedanken haben wir nun in die Tat umgesetzt. Der Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, macht die Menschen nicht gleich, sondern er stuft sie ein nach ihrem Wert und nach ihrer Leistung. Auf Grund der Leistungen verteilt er ihre Rechte und ihre Ansprüche. Das ist gerecht und das entspricht einem modernen sozialen Empfinden.

Was der Sozialismus im Innern ist, das ist der Nationalismus nach außen. Wir sind deshalb nach der Machtübernahme auch nicht davor zurückgeschreckt, die außenpolitischen Probleme anzufassen. Das Volk hat uns dabei verstanden. In stärkstem Maße hat es sich innerlich zusammengeschlossen. Wenn wir den Marxismus zerschmetterten, dann nicht zum wenigsten deshalb, weil er den Sozialismus verraten hatte. In dem Augenblick, in dem wir den Marxismus zu Boden warfen, erklärten wir den Sozialismus als unsere Sache.

Wenn wir nicht vor der Arbeitslosigkeit kapitulierten, sondern dieser Zeitkrankheit den Kampf ansagten und unter Zuhilfenahme aller Mittel über 2½ Millionen Menschen wieder an die Maschinen zurückführten, dann war das praktischer Sozialismus. Wenn wir die 3½ Millionen Arbeitslosen in diesem Winter nicht im Stiche ließen, sondern für sie das größte und imponierendste soziale Winterhilfswerk, das alle Zeiten je gekannt haben, organisierten, so ist das praktischer Sozialismus. Wir machen gar keinen Hehl daraus, daß manches noch unverwirklicht ist, daß vieles noch in den nächsten zwei, fünf, zehn oder zwanzig Jahren vollendet werden muß, daß alles Zug um Zug geschehen soll, und daß man keine Aufgabe überstürzen darf. Auch der Nationalsozialismus kann in seiner Größe nur gemessen werden an der Länge des Zeitraumes, in dem er sich verwirklicht.

Deshalb glaube ich, daß die deutsche Jugend gut daran tikt, sich der Größe der Aufgabe bewußt zu bleiben und sich klar darüber zu sein, daß, wenn sie hinter uns einrückt, so viel noch zu tun bleibt, daß sie auch der dann hinter ihr stehenden Generation noch etwas zu tun übrig lassen kann.

Früher stand ein klaffender Unterschied zwischen Student und Arbeiter, der heute längst in ein wesenloses Nichts zusammengeschrumpft ist. Früher sah man keinen Unterschied zwischen einem dummen und einem klugen, einem faulen und einem fleißigen, einem nationalen und einem internationalen Studenten. Zwischen ihnen haben sich jetzt Mauern der Gegensätzlichkeit aufgetan.

Die Unterschiede bestehen nicht mehr zwischen den Klassen oder den Ständen, sondern sie bestehen zwischen den Werten. Deshalb hat sich eine ganz andere Schichtung des deutschen Volkes vollzogen. Diese Schichtung legt dann allerdings das Positive nach oben und drückt das Negative nach unten.

Es ist wieder eine Zeit angebrochen, wo man an den Aufgaben, die gestellt sind, erkennen kann, ob einer ein Kerl ist oder ob er kein Kerl ist. Deshalb glaube ich der deutschen Jugend, sie mag aus den Fabriken oder aus den Hörsälen hierher gekommen sein, nichts Besseres mit auf den Weg geben zu können als die Mahnung: Auf der Wacht stehen, aufmerksam beobachten, wo der Feind ist, ihn nicht aus den Augen lassen, nicht weich werden, sondern hart bleiben und immerdar handeln nach dem Wort: „Wir sind Sozialisten, aber wir wollen es nicht umsonst gewesen sein."

Das Plädoyer für van der Lubbe.

Dr. Seuffert: „Er ist absolut disziplinlos".

Leipzig, 16. Dez. In der gestrigen Verhandlung setzte Rechtsanwalt Dr. Teichert sein unterbrochenes Plädoyer fort. Zunächst erörterte er die Indizien gegen die bulgarischen Angeklagten. Eine Verbindung zwischen den letzteren und der deutschen kommunistischen Partei sei nicht nachweisbar. Popoffs Alibibeweis sei durch die Bekundungen der russischen Zeuginnen und die amtlich beglaubigten Aufenthaltsbescheinigungen bestätigt worden. Der Verteidiger spricht die Ueberzeugung aus, daß Popoff tatsächlich bis zum November 1932 nicht in Deutschland gewesen sei. Zum Schluß beantragte Dr. Teichert Freisprechung aller bulgarischen Angeklagten, da ihre Beteiligung am Reichstagsbrand in keiner Weise nachgewiesen sei.

R.-A. Seuffert, der Verteidiger des Hauptangeklagten van der Lubbe, führte dann aus: „Es ist mir der amtliche Auftrag erteilt worden, den Angeklagten van der Lubbe zu verteidigen. Der Angeklagte van der Lubbe hat mir jede Auskunft, jede Information, jedes Gespräch verweigert und das ist auch während des ganzen Prozesses so geblieben."

Der Verteidiger kommt dann auf die Tat zu sprechen, die im Volke ungeheure Erregung hervorgerufen habe. Dr. Seuffert ging dann zur Schilderung des Charakterbildes von Lubbe über. Seine Jugend habe unter keinem glücklichen Stern gestanden. Die Autorität des Vaters fehlte. Hinzu kam ein schwerer Unfall an seinen Augen, der ihm regelmäßiges Arbeiten erschwerte und mit Hilfe einer kleinen Rente zum Müßiggang brachte. Van der Lubbe — sagt der Verteidiger — kennt keine Autorität, sondern nur Widerspruch, Auflehnung, Demonstration. Er weiß alles besser. Er ist absolut disziplinlos." Er anerkennt sonst keine Führung und Leitung. Auch bei den politischen Diskussionen kommt sein Geltungsbedürfnis, wie bei allen seinen Handlungen, zum Ausdruck. Was Lubbe von Systembekämpfung usw. gesagt hat, ist eingelerntes Zeug. Das bildet nicht das Motiv der Tat; das Motiv sind nur Protest- und Ruhmsucht. Lubbe ist nicht als Kommunist in dem Sinne zu betrachten, daß er mit den Mitteln der kommunistischen Partei den Saat umstürzen will.

Dr. Seuffert erklärt weiter, er stehe nicht an zu sagen, daß Lubbes Leitmotiv das Bestreben war, in den Mittelpunkt zu kommen. Dann könne man aber die Anklage hinsichtlich des Hochverrats und der aufrührerischen Brandstiftung nicht aufrechterhalten. Der Verteidiger meint weiter, nach seiner persönlichen Auffassung habe auch Torgler nicht das geringste mit dieser Brandstiftung zu tun. Torgler sei nicht der Mann, den er für fähig halte zu einer solchen Tat. Koenen komme als Mittäter auch nicht in Frage, denn er saß in der Zeit, in der nach Auffassung der Klage der Brand vorbereitet wurde, mit Frau Rehme zusammen oben im Büro.

Der Verteidiger sucht aus der Zeugenvernehmung nachzuweisen, daß Ende Februar niemand an eine akute revolutionäre Erhebung gedacht habe. Die Wahl des Ortes spreche nicht für ein Signal des Aufstandes. Die Tat könne nur als reine Vorbereitungshandlung gewertet werden. Dr. Seuffert nimmt nach Lubbes ganzer Persönlichkeit und allen Umständen an, daß Liubbe ganz allein den Plan gefaßt habe und daß er bei der Ausführung vielleicht einen Kumpanen hatte. Dr. Seuffert schloß sein Plädoyer mit dem Antrag: daß van der Lubbe als gerechte Sühne seiner Tat eine erhebliche zeitliche Zuchthausstrafe hinnehmen muß. In diesem Sinne bat er zu erkennen.

Die Verhandlung wurde dann auf morgen 9 Uhr vertagt. Dem Vernehmen nach besteht beim Senat die Absicht, unter allen Umständen die Verhandlung am Sonnabend zu beenden. Die ersten Tage der nächsten Woche würden dann für die Urteilsberatungen des Gerichts benutzt werden. Mit der Urteilsverkündung ist für die zweite Hälfte der nächsten Woche zu rechnen.

Die Schicksalsfragen des Saarlandes.

Was jeder von der Volksabstimmung schon heute wissen muß.

Nach dem Versailler Vertrag soll über das endgültige Schicksal des Saargebietes die Saarbevölkerung selbst durch Volksabstimmung entscheiden. Die Abstimmung soll Anfang 1935 erfolgen. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Er wird vermutlich etwa Mitte Januar 1935 liegen.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die 1. am Abstimmungstage über 20 Jahre alt sind und 2. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919, im Saargebiet gewohnt haben. Es kommt lediglich auf die Erfüllung dieser beiden Bedingungen an, weitere Bedingungen werden nicht gestellt. Es ist also nicht erforderlich, daß man im Saargebiet geboren ist oder am Abstimmungstage dort wohnt; auch auf den Besitz einer bestimmten Staatsangehörigkeit kommt es nicht an und ebenso wenig auf den Besitz der sog. Eigenschaft als „Saareinwohner", die mit der Abstimmungsberechtigung nichts zu tun hat. Das im Saargebiet vorhandene amtliche Material wie Melderegister, Stimmlisten, Hausstandslisten usw., das als Grundlage für die Feststellung der Abstimmungsberechtigten dienen kann, ist auf Anordnung des Völkerbundes bereits vor Jahren gesammelt und sichergestellt worden. Jedoch kann jedem, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat und inzwischen von dort verzogen ist, nur empfohlen werden, sich alle Urkunden und sonstigen Beweismittel, mit denen er seine Abstimmungsberechtigung nachweisen kann, sorgfältig aufzuheben.

Abgestimmt wird über folgende drei Fragen: 1. Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung, 2. Vereinigung mit Frankreich, 3. Wiedervereinigung mit Deutschland. Das ist die Reihenfolge der Abstimmungsfragen nach dem Versailler Vertrag.

Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht. Die erste Abstimmungsfrage wird von der französischen Propaganda vielfach als Abstimmung für eine „Autonomie", für ein „selbständiges Saargebiet" bezeichnet. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrages darf lediglich über die Beibehaltung der jetzigen Rechtsordnung abgestimmt werden. Diese Rechtsordnung ist aber das Gegenteil von staatlicher Selbständigkeit, denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird von einer in Genf ohne ihr Zutun ernannten Kommission regiert, außerdem werden die Kohlengruben von Frankreich betrieben, und zollrechtlich ist das Saargebiet an Frankreich angeschlossen. Will man also, das, was der Versailler Vertrag bei der ersten Abstimmungsfrage meint, mit anderen Worten wiedergeben, so darf man nicht „Autonomie" oder „Selbständigkeit" sagen, sondern „Beibehaltung der Fremdherrschaft".

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken. Ob die eine oder die andere Möglichkeit gewählt wird, ist noch unbestimmt ebenso, was unter „Bezirken" zu verstehen ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Volksabstimmung liegt nicht in Händen der Regierungskommission sondern des Völkerbundes. Der Völkerbund, und zwar der Völkerbundsrat, hat auch Bestimmungen über den Zeitpunkt und über die näheren Einzelheiten der Abstimmung zu treffen. Bei all diesen Bestimmungen hat er die allgemeine Richtlinie zu befolgen, daß eine freie, geheime und unbeeinflußte Stimmabgabe gesichert ist. Die Bestimmungen des Völkerbundes werden natürlich ausreichende Zeit vor der Abstimmung öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Entscheidung über die Volksabstimmung trifft ebenfalls der Völkerbund nach Maßgabe des durch die Abstimmung ausgedrückten Willens der Stimmberechtigten. Es ist anzunehmen, daß diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen wird.

Der Außenhandel im vergangenen Monat.

Berlin, 16. Dez. Die Einfuhr betrug im November 351 Mill. Mark. Gegenüber dem Vormonat ist sie somit um 4 Mill. Mark, d. h. etwas mehr als 1% gestiegen. Diese Zunahme ist zum Teil durch eine Erhöhung des gewogenen Durchschnittswertes bedingt. Mengenmäßig hat sich die Gesamteinfuhr gegenüber Oktober daher kaum verändert.

Die Ausfuhr betrug im November 394 Mill. Mark. Gegenüber dem Oktober, in dem die Ausfuhr ihren höchsten Stand im Verlauf dieses Jahres erreicht hatte, ist sie somit um 51 Mill. Mark oder 11,5% gesunken. Der Menge nach ist der Rückgang etwas geringer, da die Ausfuhrpreise weiter rückläufig waren.

Die Abnahme geht diesmal weit über den durchschnittlichen Rückgang in den vergangenen Jahren hinaus.

Die Handelsbilanz schließt im November mit einem Ausfuhrüberschuß von 43 Mill. Mark gegen 98 Mill. Mark im Vormonat ab.

Geschenk der Kriegsblinden an Hitler.

Berlin. Wie das VDZ.-Büro meldet, begaben sich der Leiter des Amtes für Kriegsopferversorgung bei der NSDAP., Reichstagsabgeordneter Oberlindober, und der Leiter des Bundes erblindeter Krieger, Amtsgerichtsrat Dr. Klein, zum Reichskanzler, um ihm als Weihnachtsgabe der Kriegsblinden eine Statuette zu überreichen, die von dem Kriegsblinden Jakob Schmidt aus Mainz hergestellt worden war. Die 3000 deutschen Kriegsblinden wollen mit der Ueberreichung dieser Gabe dem Führer ihre besondere Treue und Verehrung bekunden. Zur Herstellung der dem Führer überreichten Figur haben die deutschen Kriegsblinden unter besonderer Beteiligung der Kriegsblinden von der Saar und aus Danzig gemeinschaftlich beigesteuert und durch dieses Zusammenwirken erst die Gabe ermöglicht. Es wurde gleichzeitig eine Mappe überreicht, in der alle Kunstwerke abgebildet sind, die bisher von deutschen Kriegsblinden verfertigt wurden.

Rudolf Heß spricht zu den Auslandsdeutschen.

Berlin, 16. Dez. Wie der Pressedienst der Auslandsabteilung der NSDAP. mitteilt, wird der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, voraussichtlich am Sonntag, dem 24. Dezember 1933, um 21 Uhr über die deutschen Sender zu den Auslandsdeutschen sprechen. Die Sendung wird um 2 Uhr Nachts MEZ. über den Kurzwellensender wiederholt werden.

Das Eisenbahnunglück bei Posen.

Posen, 15. Dez. Als Opfer des Eisenbahnunglücks wurden bisher 10 Tote und etwa 50 Schwerverletzte und Leichtverletzte gezählt. Man nimmt an, daß sich unter den Trümmern noch zahlreiche Tote befinden. Es handelt sich in der Hauptsache um Schulkinder, die aus den benachbarten Städten und Ortschaften mit dem Frühzuge nach Posen zur Schule fuhren.

Man nimmt an, daß der Lokomotivführer des Schülerzuges das Haltsignal überfahren hat. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten werden durch den starken Frost sehr erschwert.

Drei Bäckergesellen durch Kohlenoxydgase getötet.

Berlin, 16. Dez. (Eig. Radiodienst.) In einer Bäckerei in der Dornröschenstraße in Köpenick, ereignete sich in der vergangenen Nacht ein schwerer Unglücksfall. Drei dort beschäftigte Bäckergesellen wurden heute morgen in ihrer Behausung im Dachgeschoß von ihrem Meister, der sie wecken wollte, leblos aufgefunden. Die Feuerwehr stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch bei allen drei Personen vergeblich waren. Wie die Ermittlungen ergaben, hatten die Bäckergesellen in ihrer Wohnung, die keinen Ofen hatte, einen kleinen Holzkohlenofen aufgestellt. Durch Kohlenoxydgase, die sich über Nacht entwickelten, wurden alle drei betäubt und getötet.